

Youth, Peace and Security (YPS) - eine Chance für die deutsche Außenpolitik

Die Einbeziehung junger Menschen ist angesichts ihrer demographischen Bedeutung entscheidend für die Schaffung nachhaltiger Friedensprozesse und die wirksame Umsetzung der Mandate von Friedenseinsätzen. Das verkannte Potential junger Menschen in der Prävention und Bewältigung von Konflikten wurde in UN-Resolution 2250 (2015) erstmals anerkannt. Zusammen mit zwei Folgeresolutionen bildet sie das normative Fundament der Agenda *Youth, Peace and Security* (YPS). Obwohl diese relativ junge Agenda die wachsende Bedeutung inklusiver Ansätze widerspiegelt, bleibt sie in Fachkreisen verhältnismäßig unbekannt. Trotz zunehmender Institutionalisierung innerhalb internationaler Organisationen wie den Vereinten Nationen (UN) und der Europäischen Union (EU) steht die praktische Umsetzung der Agenda weiterhin am Anfang. Auch auf nationaler Ebene spielt sie oft nur eine untergeordnete Rolle, dabei birgt die YPS-Agenda ungenutztes Gestaltungspotenzial für die deutsche Außenpolitik.

| Junge Menschen als Chance für nachhaltigen Frieden

„Jugend“ – laut Resolution 2250 junge Menschen zwischen 18 und 29 Jahren¹ – setzt sich weltweit für Frieden ein, wird aber in ihrem Engagement für Frieden strukturell ausgegrenzt und [nicht gefördert](#). So beziehen etwa nur [12% der geschlossenen Friedensabkommen zwischen 1990 und 2022](#) junge Menschen explizit ein. Dabei spricht ihr demographisches Gewicht für sich. Die Hälfte der Weltbevölkerung ist unter [30 Jahre alt](#). Etwa jeder vierte davon ist [statistisch](#) von einem bewaffneten Konflikt betroffen und in vielen Konfliktländern stellen Menschen unter 30 die Bevölkerungsmehrheit.

Im Jahr 2015 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat daher einstimmig die [Resolution 2250](#), in der „der wichtige und positive Beitrag der Jugend zu den Bemühungen um die Erhaltung und Förderung von Frieden und Sicherheit anerkannt“ wird. Zusammen mit zwei Folgeresolutionen bildet sie das normative Fundament der Agenda *Youth, Peace and Security* (YPS). Die Hervorhebung des friedensfördernden Potenzials soll einen Bewusstseinswandel bewirken, denn die Wahrnehmung von jungen Menschen im Kontext von bewaffneten Konflikten beschränkt sich überwiegend auf ihre Rolle als potenzielle Opfer oder Täter:innen. Konkret formuliert die Resolution fünf Kernanliegen:

- 1) **Partizipation:** Die Einbindung junger Menschen in Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen der Konfliktprävention und -lösung, auch bei der Aushandlung und Umsetzung von Friedensabkommen, sowie in der Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus soll gestärkt werden.
- 2) **Schutz der Menschenrechte:** Junge Menschen müssen in ihren Rechten sowie vor sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt geschützt und an jungen Menschen begangene Menschenrechtsverbrechen verfolgt werden.
- 3) **Prävention:** Bei der Durchführung von Maßnahmen zur Gewaltprävention sollen junge Menschen unterstützt und eine Kultur der Toleranz und des interkulturellen Dialogs gefördert werden.
- 4) **Partnerschaften:** Relevante UN-Institutionen sollen junge Menschen politisch, finanziell, technisch und logistisch unterstützen sowie diese während und nach Konflikten bei der Entwicklung von Strategien zur Friedenskonsolidierung einbeziehen.

¹ National und international liegen teilweise abweichende Definitionen des Jugendbegriffs vor.

- 5) **Disengagement und Reintegration:** Bei der Planung von Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von Konfliktparteien sollen die Bedürfnisse der betroffenen Jugend durch spezifische Beschäftigungs- und Bildungsmöglichkeiten mitgedacht werden.

Die erste [Folgeresolution 2419 \(2018\)](#) zielt auf die gleichberechtigte und umfassende Beteiligung junger Menschen, insbesondere junger Frauen, an Friedens- und Entscheidungsprozessen. Die zweite [Folgeresolution 2535 \(2020\)](#) ist auf die Operationalisierung und Institutionalisierung der Agenda im UN-System ausgerichtet. So sollen – auch in Friedenseinsätzen – spezifische Kapazitäten geschaffen und kontext-spezifische Strategien zur Umsetzung der Agenda entwickelt werden. Entsprechend fand die YPS-Agenda Eingang in die Mandate von acht Peacekeeping Operations und elf Special Political Missions.

| Wachsende Institutionalisierung

Die 2018 im Auftrag des UN-Generalsekretärs veröffentlichte [Studie „The Missing Peace“](#) macht den positiven Beitrag junger Menschen weltweit auf allen Ebenen der Friedensförderung und Konfliktbeilegung deutlich. Sie problematisiert die strukturelle Ausgrenzung, die junge Menschen in Konfliktländern erleben und formuliert drei Empfehlungen: 1) **Investition** in die Fähigkeiten junger Menschen, durch substanzielle finanzielle Unterstützung, 2) Verbesserung der **Partizipation** junger Menschen durch den Abbau struktureller Barrieren und 3) Priorisierung der **Partnerschaft und Zusammenarbeit** mit jungen Menschen. Diese Empfehlungen spiegeln sich auch im [Umsetzungsbericht](#) des UN-Generalsekretärs von März 2022 wider. Dieser problematisiert neben den bestehenden strukturellen Barrieren insbesondere die schleppende Implementierung auf nationaler Ebene, z.B. durch Investition in jugendgeleitetes Engagement oder *YPS Focal Points*.

In internationalen Organisationen erfährt YPS eine wachsende Bedeutung. Zwei wichtige Schritte trugen zur Institutionalisierung im UN-System bei: Im September 2022 wurde das [UN Youth Office](#) gegründet und im Oktober 2023 wurde Dr. Felipe Paullier als erster [Assistant Secretary-General for Youth Affairs](#) ernannt. Die Europäische Union nahm im Oktober 2022 die YPS-Agenda in den neuen [Youth Action Plan des EEAS](#) auf. Dieser soll ab 2024 implementiert werden und fördert explizit den Einbezug junger Menschen in allen Bereichen des Auswärtigen. Auch der im Mai 2023 verabschiedete neue [Civilian CSDP Compact](#) stellt einen direkten Bezug zu UN-Resolution 2250 her. Danach sollen auch zivile GSV-Missionen zur Umsetzung der YPS-Agenda beitragen. Die OSZE erwähnt bereits in ihrem [Gründungspapier 1975](#) die Bedeutung des Austauschs junger Menschen untereinander und unterstrich in den letzten zehn Jahren die Rolle junger Menschen in Friedens- und Sicherheitsfragen in verschiedenen Erklärungen, wie der [Declaration on Youth and Security 2015](#), oder der [Declaration on the Role of Youth in Contributing to Peace and Security Efforts \(2018\)](#).

| Umsetzung der YPS-Agenda

Es gibt bereits erste praktische Beispiele für die Umsetzung der YPS-Agenda. Die UN-Mission in Mali (MINUSMA) etwa ernannte 2019 junge „[Friedensbotschafter](#)“, die sich für die Stärkung der Zivilgesellschaft und lokale Regierungsstrukturen engagieren. Darüber hinaus wird die junge Bevölkerung mit Hilfe eines Jugendforums aktiv in die Reform des Sicherheitssektors (SSR) eingebunden. Die UN-Mission im Südsudan (UNMISS) richtete 2018 in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen die erste Jugendstrafanstalt ein, um ein besseres Umfeld für die Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu gewährleisten und so eine (erneute) Rekrutierung Jugendlicher für bewaffnete Gruppen zu verhindern. 2023 wurde die YPS-Agenda auch explizit in das Mandat der UN-Mission in Zypern (UNFICYP) aufgenommen.

Die [OSZE-Mission in Skopje](#) ist bestrebt, jungen Menschen die Mitwirkung in der nationalen und lokalen Jugendpolitik zu erleichtern und unterstützt die nationale Agentur für Jugend und Sport, Gemeinden, lokale

Jugendräte sowie die örtliche Zweigstelle des *Regional Youth Cooperation Office*. Ähnlich geben die [Jugendberatungs-gruppen der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina](#) und der OSZE-Präsenz in Albanien jungen Menschen die Möglichkeit, ihre Sichtweise in Projekte und Aktivitäten der Missionen einzubringen. Auf dem jährlichen [Jugendgipfel](#) der NATO finden die Stimmen junger Menschen zu sicherheitspolitischen Herausforderungen des Bündnisses Gehör. Ein wichtiger Schritt für die Umsetzung des *EU Youth Action Plan* ist der [Youth Empowerment Fund](#), der im Oktober 2023 in Nairobi ins Leben gerufen wurde und mit 10 Millionen Euro Initiativen auf lokaler Ebene finanziell unterstützen soll. Eine weitere Initiative ist das [Youth Ambassador for Peace](#) Programm der Afrikanischen Union (AU): fünf regionale Jugendbotschafter:innen mit einer Amtszeit von zwei Jahren sollen sich für die durchgängige Einbeziehung junger Afrikaner:innen in Frieden und Sicherheit einsetzen und programmatische Maßnahmen zur Stärkung ihrer Rolle fördern.

Bei der Umsetzung der YPS-Agenda ist sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene noch unklar, inwieweit existierende Projekte eine nachhaltige Einbindung von jungen Menschen in Entscheidungsprozesse auf Augenhöhe und nicht nur Symbolpolitik darstellen. Handlungsbedarf besteht jedenfalls weiterhin und das Potenzial, welches ein stärkeres Engagement der Jugend mit sich bringt, ist noch nicht ausgeschöpft.

| YPS & WPS: komplementäre Ansätze

Die YPS-Agenda muss dabei als komplementär zu anderen inklusiven Ansätzen in der Konfliktbearbeitung und -prävention gesehen werden. Sie ist augenscheinlich von einer großen Nähe zur Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS) gekennzeichnet, die auf UN-Resolution 1325 aus dem Jahr 2000 zurückgeht und deren Entstehungsgeschichte in vielerlei Hinsicht als Vorlage und Orientierung für YPS galt. WPS und YPS verkörpern komplementäre Agenden; beide sind das Resultat intensiver zivilgesellschaftlicher Bemühungen gegen die strukturelle Ausgrenzung bedeutender demographischer Gruppen in politischen Prozessen. Trotz der Überschneidungen und Ähnlichkeiten müssen die Ansätze unbedingt in klarer Abgrenzung zueinander betrachtet werden – sonst besteht die Gefahr, die Vielseitigkeit und Unterschiede in der Diskriminierung und Ausgrenzung von Frauen und jungen Menschen zu missachten. Auch muss eine getrennte Institutionalisierung vorangetrieben werden, um Konkurrenz um Mittel und Ressourcen zu vermeiden.

| Ausblick: Deutschland und die Umsetzung der YPS-Agenda

Deutschland förderte im Rahmen seiner Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat (2019-2020) die Weiterentwicklung der YPS-Agenda und lieferte einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Verabschiedung der Folgeresolution 2535 im Jahr 2020. Trotzdem führt YPS in der deutschen Außenpolitik ein Nischendasein und eine nationale Umsetzungsstrategie für YPS bleibt in weiter Ferne. Lediglich vereinzelte Initiativen, gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung oder dem Auswärtigen Amt, unterstützen junge Menschen in Ihrem Engagement für Frieden. Darüber hinaus bieten die [Leitlinien Feministische Außenpolitik](#) das Potential, national mehr Aufmerksamkeit auf die YPS-Agenda zu lenken. Für die Umsetzung der YPS-Agenda wäre es hilfreich, diese als wichtigen Baustein zur erfolgreichen Umsetzung der deutschen Feministischen Außenpolitik hervorzuheben. Deutschlands erneute Kandidatur für den UN-Sicherheitsrat bietet die Möglichkeit, die Umsetzung der YPS-Agenda international voranzutreiben, etwa durch die geplante Gründung einer *Group of Friends on YPS*. Das Engagement skandinavischer Länder in den letzten Jahren könnte dabei als Vorbild dienen.